SCHLAGLICHT

Nr. 7

19.5.1981

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

SCHLAGLICHT!

erscheint 14-tägig

Impressum

V.i.S.d.P. AStA der TH Darmstadt

Redaktion:

Bernd Golle
Gerd Stuhlfauth
Michael Siebel
Ralf Gauselmann
Ulrike Buntenbruch
Uwe Arndt

Redaktionsschluß für Nr.8
26.5.81

Herausgeber: AStA der THD

Inhalt:

Hier ein bißchen, Da ein bißchen ...1

Mittelkürzung, was tun? ...4

Die angenagte materielle Basis des Studiums ...5

Leserbrief ...7

Veranstaltungen ...8

HIER EIN BIßCHEN, DA EIN BIßCHEN, ... AUSGETRICKST!

Oder: Ein vorgezogenes Nachwort auf das Jahrhundertwerk "BAFÖG"

Uns geht es doch noch gold im Vergleich zu unseren Nachbarstaaten,dies kann man immer wieder in einer nicht zu goldigen Zeit von regierungsverantwortlichen Politikern hören.
Und noch goldiger geht es unseren Studenten,könnte man sinngemäß fortfahren. Dies läßt sich besonders deutlich daran messen,wie ruhig und zufrieden sie in den Tag hinein leben,hinein studieren, während landein landaus harte politische Auseinandersetzungen um lebensnervtreffende Fragen geführt werden.

Studentische Bescheidenheit,die sich in materieller Anspruchslosigkeit ausdrückt,wurde schon immer als eine ihnen angemessene Tugend erkannt.Schließlich fällt es "Vater Staat" hier ganz besonders schwer,die für den Bildungssektor

notwendigen Finanzmittel aufzubringen. Und dies alles nur,um möglichst jedem heranwachsenden Staatsbürger die Chance zu bieten,eine ihm angemessene Ausbildung zu genießen.
Wissenschaftler und Politiker haben für diese Eventualität das Fremdwort "Chancengleichheit" eingeführt.
Nun,die Zeit ist schnellebig;Begriffe und deren Inhalte wechseln häufig von heute auf morgen.Oftmals auch erst die Inhalte und dann,mit entsprechender Verzögerung,die dazu gehörenden Begriffe, weil dies nämlich politisch geschickter ist.
Aber die studentische Bescheidenheit hat man dazu erkoren,sie ins nächste Jahrhundert hinüberzuretten,ja sie möglichst noch ein wenig bescheidener zu gestalten.Wer redet hier vom Gürtel enger schnallen?
Durch ein Nadelöhr gilt es zu schlüpfen. Das heißt,nicht alle,sondern nur diejenigen, die weiter gezwungen sind,der Fata Morgana "Chancengleichheit" nachzujagen.Nur für die andern,bei denen nicht "Vater Staat", aber der Familienvater in die Tasche greifen kann,bleibt die Möglichkeit eines Studiums.

Man kann nicht umhin,diese Vorgehensweise als "sozialen N.C." zu bezeichnen.
Mit Einführung der Regelstudienzeit im Hochschulrahmengesetz hat es ja nicht so recht geklappt,weil dies letztendlich alle Studenten betroffen hätte und der Widerstand entsprechend groß war.
Jetzt läuft dies alles ohne viel politisches Drum-herum,mehr differenzierter über den individuellen finanziellen Spielraum des einzelnen Studenten ab, und man hackt dabei Studenten aus ganz bestimmten sozialen Schichten das andere Bein auch noch ab,mit dem sie sich gerade eben noch im Studium halten können.
Nun,wie sieht dies konkret anhand von Fakten aus:Im Jahre 1979 wurden 33% der Studenten mit Bafög gefördert,gegenüber 39% im Jahre 1973.Ausgekommen sind mit diesen Bafög-Mitteln wiederum nur 33% der Geförderten,42% von ihnen erhielte Zuschüsse von den Eltern,18% mußten zusätzlich anschaffen gehen,und weitere 7% der Geförderten erhielten Leistungen von Dritten,zum Beispiel von Ehepartnern.
Und wenn der Student hier schon gezwungen wird zu sparen,dann soll er es doch wenigstens an anderer Stelle leichter ausgeben können,so könnten die gegenwärtigen Verwaltungskünste umschrieben werden.Steigende Mietkosten und sich verteuernde Lebensmittel bleiben dem "freien Spiel" der Marktkräfte überlassen.Und wie wäre es mit den Mensapreisaufschlägen:zehn Pfennige für die Suppe,zehn Pfennige für die Beilagen, zehn Pfennige für die Quarkspeise.
Summa summarum:Pfennigbeträge für jemanden,der nur noch Pfennige in der Tasche hat.
Aber,ein Silberstreifen am Horizont, die nächste Bafög-Erhöhung steht ins Haus,wie es in den Medien,gleich mit der entsprechenden Erklärung,was davon zu halten ist,zu hören und zu lesen war, mit einem kräftigen Zuschlag von 6,5%, der sich gegenüber der Inflationsrate in einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren sehr schnell relativiert.
Gemäß dem Zwei-Jahres-Anpassungsrhythmus - warum stehen wohl Tarifverhandlungen in jedem Jahr an? - wäre dies zwar schon in diesem Jahr der Fall gewesen,(nun,es wurde auf April 82 verschoben) aber wenn man schon die

Staatsdiener nicht dazu bewegen kann, ihre Tarifverträge zu verlängern und damit eindeutige Sparakzente zu setzen, gibt es andere gesellschaftliche Gruppen, mit geringerem politischen Gewicht und Stimme.
Dies ist die eine Komponente der Vorgehensweise,die der Studentenwerksvorsitzende auf Bundesebene sinngemäß als Bestandssicherung der etablierten bei gleichzeitigem Abbau sozialer Leistungen für bestimmte gesellschaftliche (Rand-) Gruppen charakterisiert.
Die "Methode",die eingangs nachzuzeichnen versucht wurde,wird erst deutlich,wenn man das arithmetische Spielchen noch etwas weiter betreibt.
Der unveränderte Elternfreibetrag, dessen Anpassung eben auch erst im Frühjahr des nächsten Jahres vollzogen werden soll (130 DM) hat bei gleichzeitigen nominellen Einkommenssteigerungen der Eltern zur Folge,daß der Kreis der Bafög-Berechtigten zunehmend eingegrenzt wird,ohne daß sich an der realen Einkommenssituation der betroffenen Eltern etwas geändert hätte,und daß allen Bafög-Empfängern weniger Geld beschert wird.
Bei ungebrochener Entwicklung ist der Zeitpunkt abzusehen,an dem sich die Bafög-Bezieher bis auf wenige Stellen hinter dem Komma verflüchtigt haben, ohne daß auch nur eine Silbe über die Sinnhaftigkeit der sozialpolitischen Zielsetzung in der Reformkonzeotion "Bafög" gefallen ist.Hier wird Politik betrieben,indem sie sich selbst negiert, bzw. ihre Junst in der Verwaltung des Mißstandes übt.
Und wenn man dies noch mit dem moralischen Mäntelchen des Sparens versieht,das heißt,es der Kunst des Einzelnen überläßt,von dem,was er nicht hat, noch zu sparen,wird u.E. allzu offensichtlich,wie sehr die gegenwärtigen politischen Instanzen mit ihrem wirtschafts- und verteilungspolitischen Latein am Ende sind.
Sich darauf zu verlassen,daß man sich als Einzelner noch schnell in den gehobenen Berufsstand hineinmogeln,hinüberretten kann,oder daß dieses Vakuum von anderen, bereits anstehenden politischen Gruppen mit größerer Durchschlagskraft gefüllt wird,hat sich schon einmal als fürchterlichen Opportunismus herausgestellt.
Also überlaßt denen die Moral,die sie mit Politik verwechseln,solange sie selbst ihr Schäfchen im Trockenen haben,und laßt uns anfangen,selbst darüber nachzudenken und zu artikulieren,was in unseren Augen geht und was nicht.

UBRIGENS: Das "SCHLAGLICHT" liegt in den meisten Informations-Kästen der einzelnen Gebäude sowie in den Mensen aus.Außerdem ist die jeweils neuste Ausgabe (und auch ältere Nummern) im AStA zu erhalten.

MITTELKÜRZUNGEN — WAS TUN ?!

Mit diesem Artikel wollen wir die Diskussion um die Mittelkürzungen im Kultusetat '81 wiederbeleben und Bilanz ziehen, was bis jetzt geschehen ist. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die soziale Lage für uns Studenten zunehmend verschlechtert.
In den beiden VVs des WS 80/81 wurde ausgiebig über die zukünftige Situation der Etatkürzung berichtet, und es wurde ein 1-wöchiger Hochschul-Boykott beschlossen, womit die Studenten/innen ihren Protest zum Ausdruck brachten. Der Konvent hat auf Initiative der Juso-Hochschulgruppe einen Beschluß gefaßt, mit dem Ziel, die Etatkürzungen zu verhindern, bzw. die Lehre und Forschung in bestehender Form bezubehalten und weitere Mittel für die Hochschulausbildung zu verlangen, da die Studentenzahl im WS 80/81 erstmals die Millionengrenze in der Bundesrepublik überschritten hatte.
Die wichtigste Kernaussage darin ist, daß der Konvent die Ständigen Ausschüsse auffordert, "dafür Sorge zu tragen, daß der Betrieb in Forschung und Lehre in der jetzigen Form solang als möglich aufrechterhalten bleibt..." und erwartet, "... daß die Fachbereiche sich ebenso verhalten."
Erreicht werden sollte hiermit, daß die Gelder genauso verteilt werden, wie in früheren Semestern. Dies hätte wiederum zur Folge, daß der Übungsbetrieb spätestens im WS '81/82 zusammengebrochen wäre, da der Hochschule keine Mittel mehr zur Verfügung ständen. Ob sich die Landesregierung einen solchen Skandal hätte leisten können, wäre eine weitere Frage gewesen. (Der Zusammenbruch des Übungsbetriebs ist hierbei als Druckmittel gegen die Landesregierung zu verstehen, um eine qualitativ und quantitativ schlechtere Ausbildung zu verhindern) Sicherlich hätte man den Hochschulen neue Gelder zur Verfügung stellen müssen, z.B. mit dem Überlastprogramm.
Wir stellen an dieser Stelle fest, daß die Ständigen Ausschüsse und Fachbereiche sich nicht an die Konventsempfehlung gehalten haben, sondern sich nach der 20%igen Sparpolitik des Kultusministeriums richten. Überall wird ein wenig in/an der Ausbildung gestrichen, damit keine zu großen Löcher entstehen und somit eine bessere Sparumverteilung stattfindet. Diese Politik führt unter anderem auch dazu, daß die verschiedenen Fachbereiche darin wetteifern, mehr Gelder zu bekommen, als die anderen, und deshalb ihre Wichtigkeit an den Tag legen. Der Spruch "Eine Krähe hackt einer anderen kein Auge aus" ist überholt. "Jeder für sich" lautet die Devise. Das wir Studenten darunter zu leiden haben, stellt man nicht nur dann fest, wenn man in überfüllten Seminaren hockt, wo Diskussionen und ein sinnvolles Arbeiten immer schwieriger wird.
Insgesamt werden in diesem Jahr 1o3 wissenschaftliche und/oder nichtwissenschaftliche Stellen für 3 Monate an der TH Darmstadt gesperrt. So wurden allein in der Physik 5 wissenschaftliche Stellen gestrichen; bei den Architekten soll die Studienordnung der Sparpolitik angepasst (verschlechtert!) werden, um so mit weniger Wissenschaftlern das Studium einigermaßen durchführen zu können; ähnliches gilt für die Mathematik.
Gleichzeitig sind jede Menge HiWi-Stellen gebügelt/ohne Ersatz gestrichen worden, wie z.B. in der Mathematik, wo im 4. Semester keine Übungen mehr stattfinden, oder das Tutorenprogramm vom FB 3.
Diese Ausbildungspolitik, mitgetragen durch die Ständigen Ausschüsse und Fachbereiche, verurteilen wir aufs Schärfste!
Um allerdings den Hochschulen nicht ganz den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat das Kultusministerium genehmigt (was bisher nicht üblich war), die Gelder aus freien verfügbaren Planstellen, die über die 1o3 gesperrten Stellen hinausgehen (Beamten- und Angestelltenstellen) für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte in Anspruch zu nehmen.
Inwieweit die TH Darmstadt diese Gelder in Anspruch nimmt, ist uns nicht bekannt.
Demnächst werden im Hessischen Landtag wieder die Haushaltsdebatten für das Jahr 1982 beginnen. Und dann werden die Parlamentarier (im Zeichen der angespannten Lage)

sicherlich eher dazu bereit sein, den Kultusetat weiter/wieder zu kürzen, wenn nicht einmal die zusätzlich bereitgestellten Gelder von den Universitäten genutzt werden.
Sollte dann aber der Kultusetat erneut gekürzt werden (was bereits in dem Haushaltsausschuß des Landtags diskutiert wird), wird man an unserer Hochschule von Seiten des Präsidiums jammern und klagen, daß wieder zuviel Geld nach Kassel oder etc. geflossen ist, und der TH Darmstadt zu wenig Mittel für Forschung und Lehre zur Verfügung stehen. Solch eine Argumentation ist aber nur Augenwischerei, da die Gesamthochschule Kassel nur deshalb mit mehr Mitteln bedacht wurde, weil sie sich im Aufbau befindet.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal alle Verantwortlichen auffordern, dafür Sorge zu tragen, daß die vom Kultusministerium bereitgestellten Gelder auch wirklich für die Lehre ausgegeben werden.

Am Dienstag 5.5.81 konnte man im Darmstädter Echo lesen, daß"die Bildungspolitik nicht aufhören darf und in der Bundesrepublik nicht aufhören wird". Diese Worte des Bundeskanzlers Schmidt lösen Unverständnis aus, wenn er weiter an die Studenten und Professoren appelliert, "vom Anspruchsdenken Abstriche zu machen". Bedenkt man, daß derzeit auf 75o ooo Studienplätzen über 1 Million Studenten studieren, so fragen wir uns, wo denn noch weiter gespart und Abstriche durchgeführt werden sollen.
Die Spitze des Studentenbergs steht uns mit 1,3 Millionen noch bevor. Unter welchen Umständen soll bei dieser Sparpolitik noch studiert werden?
Andere Universitäten haben nicht den Darmstädter Weg eingeschlagen, z.B. Uni Marburg, sondern sich "entsprechend dem Konventsbeschluß"verhalten.
Somit ist zu erwarten, daß deren Übungsbetrieb im WS 81/82 zusammenbrechen wird. Auf die Reaktion der Politiker sind wir gespannt.
Wir an der TH Darmstadt müssen uns darüber im Klaren sein, daß unsere Forderungen darüber hinaus gehen müssen, nur die bereitgestellten Gelder zu fordern, um die Löcher gleichmäßig schlecht zu stopfen, sondern wir müssen für eine bessere und sinnvollere Hochschulausbildung mit einem entsprechenden Mehr an finanziellem Aufwand eintreten.
Hierzu hätte die Befolgung des Konventsbeschlusses als erster Schritt ein wichtiger Beitrag sein können.

DIE ANGENAGTE MATERIELLE BASIS DES STUDIUMS

Im Folgenden soll versucht werden, die Punkte darzustellen, an denen die Einschränkungen des Studiums besonders deutlich werden.

Da wäre zunächst einmal der uns allen bekannte und nunmehr schon 4 Monate lang vollzogene Haushalt 81 des Landes Hessen. An der THD hatte er deutliche Folgen. Der Haushaltsausschuß zog die Konsequenz: da im Haushalt weniger Mittel für HiWis und Tutoren vorhanden sind, verteilen "wir" weniger, also statt der benötigten 100 % der Mittel gibt es nur 80 %. Dieser Beschluß ignoriert natürlich die Aufforderung des Konvents die Mittel nach dem tatsächlichen Bedarf des Sommersemesters zu verteilen.

Wir fahren also im Sommersemester auf Sparflamme und desgleichen im Wintersemester. Dies alles geschah still und leise ohne einen Ausdruck der Empörung. Für die Herren im Haushaltsausschuß der THD scheint der Protest aus den Aktionstagen in die Schublade gewandert zu sein. Dieses offensichtliche Zurückweichen schwächt ganz erheblich unsere Position im "Verteilungskampf" um die Haushaltsgelder. Jetzt im Sommersemester kommt es darauf an, unsere Meinung und unseren Protest gegen dieses Verhalten deutlich zu machen und den Finger in die sich zeigenden Wunden zu legen (z.B. beim Übungs- und Praktikabetrieb). Neben den direkten Verschlechterungen im Studium erleben wir zunehmend auch Verschlechterungen im sozialen Bereich. Hier muß zunächst einmal der Wohnheimbau erwähnt werden. Hier ist eine Mindestforderung, daß der Bundesfinanzminister die Finanzierung des Wohnheimbaus im bisherigen Umfang weiter gelten läßt. Es geht nicht

an, daß sich der Bund einseitig ohne einen entsprechenden Ausgleich bei der Verteilung des Steueraufkommens aus der Finanzierung des Studentenwohnheimbaus zurückzieht. Eine besonders problematische Konsequenz aus der aktuellen Unsicherheit über die weitere Finanzierung ist ein Antragsstau für den Neubau von Wohnheimen beim Bundesminister für Bildung- und Wissenschaft: Anträge im Umfang von 226,8 Mio. DM Gesamtkosten (Bundesanteil 107,0 Mio DM) warten im Augenblick auf Bewilligung. Bei einer Bewilligung der Anträge könnten kurzfristig 3465 Wohnheimplätze geschaffen werden. Für uns in Darmstadt bedeutet das, wenn alles so bleibt, kein Ausbau des Wohnheims Nieder-Ramstädter Straße (ca. 260 Plätze). Man sieht auch der Bund schläft nicht und ist gewillt seinen Anteil am Abbau des Studiums zu leisten: Er scheut auch nicht davor zurück sich am Bafög zu vergreifen.

Erster Hammer: Bafögerhöhung erst im April 1982. Zweiter Hammer: lächerliche 6,5 % Erhöhung des Höchstsatzes (alles in allem dann ca. 660,-- DM und damit über 100,--DM unter den neuesten Bedarfsrechnungen 768,-) Diese Aufzählung ließe sich noch um einiges ergänzen, denn diese Bafögerhöhung ist wahrscheinlich die erste, die kein Geld kostet (?!). Es wird in Zukunft noch weniger Leute geben, die Bafög erhalten (keine Finanzierung für Zweitstudium, keine Rückwirkende Zahlung von Bafög (bis zu 3 Monate bisher)und der Schweinereien mehr (siehe AStA-Bafög-Info). In Zukunft wird es immer schwieriger werden Bafög zu bekommen. Dies zeigt wie gut es die Politiker in Bonn mit den Hochschulen meinen. Sie schrecken auch nicht vor brutalster Auslese zurück, um die Studentenzahlen zu verringern. Und wie fast immer, wenn irgendwo gesiebt wird, fallen nicht die sozial Abgesicherten durch sondern die sozial Schwachen.

Das Grundrecht auf Ausbildung wird preisgegeben und dies für einen Preis, der immer höher wird: Jugendarbeitslosigkeit.

HOCHSCHULPOLITISCHE NACHRICHTEN

BONN (dpa) Streiks und Proteste der Medizinstudenten

An zahlreichen Hochschulen haben Medizinstudenten in der Woche vom 4. bis 8.5. aus Protest gegen die hohen Durchfallquoten bei der ärztlichen Vorprüfung im März,bei der über 56% der Kandidaten durchgefallen waren,den Lehrbetrieb boykottiert.Bei einer zentralen Demonstration in Bonn,an der sich nach Angaben der Veranstalter weit über 5000 Studierende aus dem ganzen Bundesgebiet beteiligten, forderten die Studenten am 7.Mai bessere Prüfungsbedingungen und insgesamt eine näher an der beruflichen Praxis orientierte Ausbildung.Nach Urabstimmungen hatten Medizinstudenten unter anderem in Lübeck,Kiel,Düsseldorf,Göttingen, Gießen,Aachen,Homburg(Saar),Bochum,Frankfurt,Mainz,Hamburg und Köln "gestreikt".

Neben einer teilweisen Rücknahme dieses Prüfungsergebnisses verlangten die angehenden Mediziner inhaltliche Verbesserungen der Ärzteausbildung. Die Ausbildung müsse schon in der Anfangsphase des Studiums stärker an der Praxis orientiert werden. Die Hochschulkapazitäten für praktische Übungen in kleinen Gruppen müßten erheblich erweitert un d dafür mehr Assistenzärzte eingestellt werden. Heute machten überfüllte Arbeitsgruppen bei zu wenig Hochschulassistenten ein vernünftiges Lernen in der praktischen Ausbildung kaum möglich.

Die Studenten erhoben den Vorwurf, daß die hohe Durchfallquote beim jüngsten Physikum letzten Endes eine angebliche "Ärzteschwemme" verhindern solle. Diese viel beschriebene"Ärzteschwemme" stehe aber im krassen Widerspruch zu überfüllten Wartezimmern und 20 000 fehlenden Klinikärzten sowie 36-Stunden-Bereitschaftsdiensten von Ärzten in Krankenhäusern.

Leserbrief zum Artikel "Demokratie fängt an der Basis an"
(Schlaglicht Nr.6 vom 5.5.1981)

Der Artikel "Demokratie fängt an der Basis an" enthält nach unserer Meinung einige grobe Fehler und Fehlinterpretationen. Daher möchten wir nun auf einige, uns wichtig erscheinende Aspekte eingehen - obwohl wir auch damit nicht die vielen Widersprüche dieses Artikels in sich selbst aufzeigen und ausräumen können.

Die Ursachen und Gründe für den Verzicht vieler, vieler Studenten auf wirkliche Demokratie sind unseres-erachtens richtig erkannt. Es fehlt wohl nur noch der Hinweis auf die mangelnde Erziehung zur Äußerung der eigenen Meinung in der Schule. Daß dies eine Tendenz ist, deren Gefährlichkeit nicht deutlich genug betont werden kann, dürfte auch unbestritten sein.
Richtig erkannt ist insbesondere auch, daß sich "das StuPa hingegen schon längst ins hochschulpolitische Abseits manövriert hat". (Jeder Student, der einmal eine Stunde im bisherigen StuPa war, wird dies bestätigen). Richtig ist auch, daß dies daran liegt, daß die "Basis" das StuPa nicht kontrolliert.
Doch gerade diese Erkenntnis müßte doch auch den (die) Autor(en) darauf stoßen, daß die direkte Demokratie die beste ist - vor dem Delegationsprinzip des Parlamentarismus!
Denn nur zu viele Studenten sind allzuleicht dabei irendwelche Rechte zu delegieren.
Und gerade deshalb - weil wir uns nicht auf das Delegieren beschränken wollen - treffen sich eben ziemlich regelmäßig interessierte und engagierte Leute aus den verschiedenen Fachschaften. Wichtig ist, daß hier konstruktiv Probleme und Maßnahmen diskutiert werden.
Dabei spielt die "Zufallsanwesenheit" keine Rolle, denn

- falls einmal abgestimmt wird, so können aus jeder Fachschaft maximal so viele Leute abstimmen, wie anwesend sind, bzw. wie als Fachschaftsräte gewählt werden (d.h. für die meisten Fachschaften an der TH maximal 3 Stimmen, egal ob 3 oder 3oo Leute da sind).
- zum anderen lassen sich Maßnahmen und Ziele nur dann verwirklichen, wenn der größte Teil der Fachschaften auch aktiv dafür ist und entsprchend mitarbeitet. Mit einer "Zufallsanwesenheit" läßt sich da nichts erreichen.

Auch von daher ist uns völlig unklar, wieso man die Forderung, den AStA-Fachschaften-Referenten nach Vorschlag des Fachschaftenplenums zu wählen, als undemokratisch abtut.
Denn wenn man schon schreibt "Demokratie fängt an der Basis an", so möchten wir doch sagen, daß die Fachschaften die Basis des FS-Referenten sind.
Zum Schluß noch ein paar Sätze zur Bezeichnung "Schattenparlament":
Wir halten es für richtig, daß auch die Fachschaften Forderungen stellen, Ziele aufzeigen, und Maßnahmen zur Lösung hochschulpolitischer (und anderer) Probleme ergreifen. Dies wird insbesonders von daher sinnvoll, da ja in den Fachschaften die politische Arbeit an den einzelnen Fachbereichen geleistet wird. Dabei geht es nicht darum, ein "Schattenparlament" zu sein, auch wenn das derzeitige StuPa nichts bringt, sondern darum, auf einem freiwilligen Forum möglichst viel an Zusammenarbeit zwischen den einzelnen FSen zu erreichen. Damit diese Arbeit nicht isoliert steht, und im neuen StuPa nicht nur Vertreter von "bundespolitischen Parteien" sitzen, wird auch eine neue Liste zu den StuPa-Wahlen kandidieren. Dort soll dann auch die Arbeit wieder so weit durchsichtig werden, daß jeder Student (in) und jede Fachschaft etwas positives davon merkt. Deshalb ist es auch nötig, daß möglichst Leute aus allen Fachschaften am Plenum teilnehmen.
Unsere Arbeit an und in den Fachbereichen würde jedoch am stärksten dadurch unterstützt, wenn es einen aktiven, gut funktionierenden AStA gäbe, und wenn möglichst viele Studenten von der Basis an der (Hochschul-)Politik mitmachen würden!

Roland Kammerer
Christoph Ewen
Theo Schneider

Veranstaltungen

KHG

Die Katholische Hochschulgemeinde führt in diesem Semester eine Veranstaltungsreihe durch mit dem Thema: "Die neuen Kommunikationstechniken- Chancen und Gefahren für Bürger und Gesellschaft"

Der nächste Vortrag:

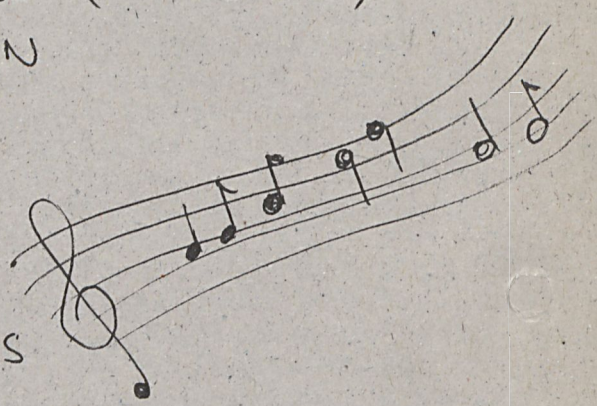
Di,26.5.81 Neue Kommunikationsmedien- Emanzipation oder Entmündigung des Bürgers?
Gerd E. Hoffmann, Journalist
(Autor von:" Erfaßt, registriert, entmündigt")

VDS

Mi, 3.6.81 DEMO DER VDS IN BONN
- Gegen die skandalösen Bafög- Pläne.
- Gegen die Kürzungspläne an den Hochschulen
- Bafög statt Pershing II

FOLK-CLUB Darmstadt e.V.

VERANSTALTET AM DONNERSTAG, 28.5.1981 (HIMMELFAHRT)
VON 10 BIS 17 UHR IM SCHLOSS EIN



Folk-Fest

PETER/ULLI	—	PIPES + DRUMS
HOUNDDOG	—	FOLK-BLUES
RONALD LUTZ	—	EIGENE TEXTE
KLATSCHMOHN	—	TRAD. + CONTEMPORARI FOLK
RAINER DARMSTADT	—	EIGENE LIEDER + TEXTE
VOLKSTANZGRUPPE	—	VOLKSTÄNZE ZUM MITMACHEN
DOD + DEIWEL	—	MUNDART-FOLKROCK
BERNHARD LASSAHN	—	TEXTE + SKETCHE
PEGASOS	—	NEUE + ALTE GRIECH. MUSIK

INFO-STÄNDE AUF DER BASTION

UNKOSTENBEITRAG: 4 DM